

## 6) Liegenschaftspolitik vorausschauend betreiben

				
<p>Neben der konsequenteren Ausweisung und Entwicklung vorhandener Baulandpotenziale durch die Kommunen werden auch Land und Bund durch Bereitstellung geeigneter Grundstücke für den Wohnungsbau ihrer Verantwortung für die Schaffung von Wohnraum gerecht.</p> <p>Für die CDU Hessen ist klar, dass das Land eine Vorreiterrolle übernehmen und Liegenschaften des Landes verstärkt über das Instrument der Konzeptvergabe veräußern wird, um statt eines maximalen Preises noch stärker die Erreichung der wohnungsbaulichen Ziele in den Mittelpunkt stellen. Auch die CDU-geführte Bundesregierung hat kürzlich den Weg dafür freigemacht, bundeseigene Grundstücke entsprechend preiswert zu vergeben.</p> <p>Solche Konzeptvergaben wurden bereits in der vergangenen Legislaturperiode regelmäßig von der CDU-geführten Landesregierung</p>	<p>Die öffentliche Hand, insbesondere das Land, muss ihre Bodenpolitik grundlegend ändern. Boden ist ein begrenztes Gut, nicht vermehrbar und dabei existenziell für unser Leben. Die Gemeinwohlbindung des Eigentums gilt beim Boden besonders. Und die trifft öffentliche Eigentümer an herausgehobener Stelle. Die Privatisierung zur Haushaltsanierung muss auf kommunaler und Landesebene gestoppt werden. Kommunen brauchen in ihrer finanziell angespannten Situation Unterstützung beim Halten ihrer Grundstücke. Im Falle einer Veräußerung müssen wohnungspolitische Erwägungen und eine sozialgerechte Stadtentwicklung im Vordergrund stehen. Deswegen brauchen wir im Falle einer Grundstücksveräußerung einen Vorrang für Konzeptvergabe. Mit dem Verkauf nach dem Höchstpreis hat das Land selbst die Wohnungspreise in die Höhe getrieben (siehe Altes Polizeipräsidium</p>	<p>Die Aktivierung öffentlicher Flächen von Bund, Land und Kommunen ist wichtig, um den Bedarf an Wohnraum in Hessen decken zu können. Trotz der quantitativen Dimension, wollen wir die Qualität des Wohnungsbaus dabei nicht unterordnen. Menge und Qualität denken wir zusammen. Deshalb setzen wir klar auf die Reduzierung von steuerlichen Belastungen bei Investitionen in Wohnimmobilien und auf die Überprüfung der Auflagen und Vorschriften. Insbesondere überzogene energetische Anforderungen treiben die Preise auf ein unververtretbares Maß. Die Mietpreisbremse lehnen wir als Instrument ab, weil dadurch keine einzige zusätzliche Wohnung entsteht, aber der Markt und insbesondere Investoren verunsichert werden. Staatliche Eingriffe in Preistindung steigern den Mangel. Wir setzen auf marktwirtschaftliche Anreize, damit Angebot und Nachfrage</p>	<p>Wir stehen für eine kluge Innenentwicklung und wollen den Ausbau von noch mehr Wohnsiedlungen auf der grünen Fläche vermeiden. Die Novelle der Hessischen Bauordnung hat bereits eine Erleichterung für die Aufstockung von Gebäuden geschaffen und auch die Baulandoffensive unterstützt Kommunen dabei, Flächen für Wohnraum zu mobilisieren. Diese bietet hilfreiche Unterstützung bei der Suche nach Bauland für bezahlbaren Wohnraum und wird derzeit von Kommunen aktiv in Anspruch genommen, um Flächen für den Wohnungsbau zu mobilisieren. Auf dieser guten Nachfrage wollen wir aufbauen und im Rahmen der Baulandoffensive ein öffentlich zugängliches Flächenkataster für Kommunen einrichten. Damit bekommen alle Kommunen und die Bauträger die Möglichkeit, die geeigneten freien Flächen für den Bau von Wohnquartieren und der entsprechenden Infra-</p>	<p>Öffentlicher Grund und Boden soll der Allgemeinheit dienen, nicht dem Profit weniger. Das Land Hessen war in den vergangenen Jahren der größte Immobilienspekulant im Land. Entwicklungsflächen wie das Gelände des ehemaligen Frankfurter Polizeipräsidiums wurden jahrelang dem Verfall preisgegeben und dann meistbietend verkauft.</p> <p>DIE LINKE fordert, dass das Land im Grundsatz keine öffentlichen Immobilien und keinen öffentlichen Boden mehr verkaufen soll. Bei der Neuvergabe öffentlicher Grundstücke und solcher, die sich im Besitz von Landesstiftungen oder -gesellschaften befinden und für den Wohnungsbau vorgesehen sind, werden diese nur den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften und gemeinnützig agierenden Genossenschaften zum Sonderpreis und im Erbbaurecht zur Nutzung überlassen.</p>

<p>praktiziert. Wir werden in Zukunft hierbei neben bezahlbaren Wohnungen auch andere Wohnformen, zum Beispiel für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung, besonders in den Blick nehmen.</p> <p>Wir werden hierzu vor allem mit den Kommunen und den Menschen vor Ort den Dialog suchen, um für potenziell verwertbare Grundstücke im Landeseigentum die bestmöglichen Lösungen für die Stadt und die Region umzusetzen. Unabhängig von den landeseigenen Grundstücken wollen wir die Kommunen durch vielfältige Beratungsangebote dabei unterstützen, mit ihren verfügbaren Grundstücken ähnlich zu verfahren.</p>	<p>Frankfurt). Auch bei Grundstücken der BIMA brauchen wir eine Abkehr vom Höchstgebot. Gerade bei zunehmenden sozialen und ökologischen Konflikten gewinnen Entwicklungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für Flächen an Bedeutung. Hierzu brauchen wir strategische Bodenreserven in öffentlicher Verantwortung. Grundeigentum kann als Vermögensmasse in revolvierenden Bodenfonds gebündelt, dort entwickelt und gemehrt werden. Veräußerungsgewinne fließen in den Fonds zurück und können zur Anschaffung neuer Grundstücke, zur Bebauung oder Renaturierung versiegelter Flächen eingesetzt werden. Damit sind öffentliche Bodenfonds Teil einer sozial und ökologisch verantwortungsvollen Bodenpolitik. Wir wollen die Grunderwerbssteuer stufenweise senken. Profitieren sollen im ersten Schritt besonders förderungswürdige Gruppen wie Familien oder öffentliche Wohnbaugesellschaften. Damit wollen wir auch einen Anreiz für private Investitionen schaffen und Wohnungsbau zum Eigenbedarf fördern.</p>	<p>wieder in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Öffentliche Instrumente und Institutionen zur Bodenbevorratung, beispielsweise in Form der Hessischen Landgesellschaft (HLG), sehen wir positiv.</p>	<p>struktur zu erfassen und entsprechend zielgenauer zu planen. Neue Wohnflächen können zudem auch generiert werden, wenn flächenintensive Gebäude wie etwa Supermärkte auch für Wohnungen genutzt werden, etwa durch entsprechende Aufbauten.</p>	
---	--	---	--	--